

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes über die Abgeltung der Besatzungsleistungen und Besatzungsschäden.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Bundesminister der Finanzen wird aufgefordert, den von seinem Ministerium ausgearbeiteten Referentenentwurf eines Bundesgesetzes über die Verwirklichung und Abgeltung der Besatzungsleistungen und die Abgeltung der Besatzungsschäden, den er ohne Kenntnis und Ermächtigung des Bundestages dem Alliierten Unterausschuß für Besatzungskosten zugeleitet hat, unverzüglich dem Bundestag vorzulegen.
2. Der Bundestag erklärt, daß niemand anders als der Bundestag selbst für eine gesetzliche Regelung der Abgeltung von Besatzungsleistungen und Besatzungsschäden an deutsche Staatsangehörige zuständig ist.

Bonn, den 7. Oktober 1950

Kohl (Stuttgart) und Fraktion